

Jahresbericht 2022 und Standortbestimmung des Präsidenten

Seit unserer letzten Delegiertenversammlung in Obfelden sind erst fünf Monate vergangen. Die Parteileitung will grundsätzlich zum von den Statuten vorgesehenen Rhythmus einer ordentlichen DV im ersten Quartal zurückkehren. Das ist noch nicht ganz gelungen, denn die Gemeindewahlen mussten natürlich abgewartet werden. Trotzdem sind seit unserer letzten DV jetzt erst fünf Monate vergangen, und es gibt aus unserem Bezirk nicht allzu viel Neues zu berichten. Ich benütze deshalb die Gelegenheit für einige grundsätzliche Erwägungen und gehe erst gegen Schluss auf den Bezirk ein.

Wir haben zwei von den Konsequenzen der chinesischen Seuche geprägte Jahre hinter uns, und jetzt herrscht in einem europäischen Land ein grässlicher Krieg. Unsere Welt hat sich verändert, und lange gepflegte Illusionen, diejenige des ohne grosse Anstrengung stetig wachsenden Wohlstands und vor allem diejenige des ewigen Friedens haben sich verflüchtigt. Unsere Partei hat beide Illusionen nie geteilt, stand aber mit dieser Haltung oft allein.

Auch wenn unser Land die Corona-Krise offensichtlich besser bewältigt hat als andere, haben wir als Bürgerinnen und Bürger doch mit grosser Sorge beobachtet, wie der Staat in einer Art Kompetenzen an sich reisst und in unser Leben eingreift, die sehr schlecht zu unserer freiheitlichen Eidgenossenschaft passen. Persönlich beschäftigt mich eigentlich fast noch mehr, wie passiv die verängstigte Mehrheit in unserem Land das alles über sich ergehen liess. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die Tatsache, dass die zuständigen Behörden sich einerseits von einer schon lange prognostizierten Entwicklung völlig überraschen liessen, zugeben mussten, dass sie elementare Vorsichtsmassnahmen wie Pflichtlager und Masken vernachlässigt hatten, sogar zuerst die billige Schutzbehauptung aufstellten, solche Masken seien nutzlos, um von ihrem Versagen abzulenken, um dann in blinden Aktivismus und massive Einschränkung der persönlichen Freiheiten zu verfallen. Mit all dem sind nicht wirklich viele Menschenleben bewahrt, aber unsere Wirtschaft und Gesellschaft enorm geschädigt worden. Den Preis für die astronomische Schuldenwirtschaft in Amerika und in der EU werden wir alle mit starker Inflation bezahlen, die Ersparnisse, Löhne und Renten schnell entwertet wird. Diese Inflation beträgt in den USA bereits 8.5 % und in der EU 7.5 %. Dank des von einzelnen Sektoren der Exportwirtschaft und ihnen das Wort redenden Journalisten jahrelang schlecht geredeten starken Frankens ist sie bei uns im Moment noch deutlich tiefer. Gestern Abend hat in der Ottenbacher Waldhütte endlich das erste der von mir immer wieder angekündigten Kaminfeuergespräche stattgefunden, und zwar mit dem ausgewiesenen Finanzspezialisten Dr. Hugo Bänziger. Diejenigen, die dabei waren, wissen jetzt genau, was die wirklichen Zusammenhänge sind.

Der bedeutendste amerikanische Präsident meiner bewussten Lebenszeit, Ronald Reagan, hat einmal gesagt, es sei die erste Aufgabe des Staates seine Bürger zu schützen, nicht ihr Leben zu kontrollieren. Genauso ist es, und das bringt mich zum zweiten Thema.

Im letzten Sommer haben wir erlebt, wie kläglich der Versuch der Amerikaner und der Nato, unsere Lebensweise der ganzen Welt aufzuzwingen, in Afghanistan gescheitert ist. Dieses Land ist weit weg, aber ich erinnere daran, dass auch der Bundesrat sich mit Schweizer Offizieren an dieser Operation beteiligt hat und diese erst auf massiven Druck aus Öffentlichkeit und Parlament wieder abgezogen hat.

Nicht mehr so weit weg ist aber die Ukraine. Ich will gewiss nicht behaupten, ich hätte irgendwie vorausgesehen, auf welcher brutalen Weise Russland in sein Nachbarland einfallen wird. Dass sich aber eine schwere Krise anbahnt, war seit langem zu erkennen, und eigentlich hat sie schon vor acht Jahren begonnen. Amerika und die EU haben es in blinder Arroganz versäumt, rechtzeitig konstruktive Lösungen vorzuschlagen, sondern haben im Gegenteil noch kräftig Öl ins Feuer gegossen. Das alles entschuldigt diesen Angriffskrieg in keiner Weise, aber jede Geschichte hat auch ihre Vorgeschichte.

Die westlichen Politiker, allen voran die vielgerühmte Frau Merkel, die angebliche "Führerin der freien Welt", die jetzt sehr still geworden ist, waren seit 2014, als der Konflikt um die Krim und den Donbass

Bezirk Affoltern

begann, damit beschäftigt Willkommenskultur für Flüchtlinge zu zelebrieren, echte und sehr viele unechte bis kriminelle. Wir haben das strohdumme "Wir schaffen das" noch in den Ohren. Gleichzeitig wurde jahrzehntelang die eigene Verteidigungsfähigkeit unterminiert – die deutsche Bundeswehr ist heute nur noch ein Schatten ihrer selbst. Als Tüpfli auf dem I der Kopfllosigkeit wurde auch noch die angebliche Energiewende gefeiert, das heisst, die Atomkraftwerke abzustellen, um dann ganz am russischen Gastropf zu hängen. Die deutschen Politiker aller Parteien haben also das genaue Gegenteil dessen getan, was Präsident Reagan forderte: sie haben die Sicherheit der Bürger sträflich vernachlässigt, ihnen aber vorgeschrieben, wie sie zu leben hätten.

Leider bildet unser Land keine Ausnahme. Die deutsche Energiewende wurde von vier Bundesrätinnen, die auch den Kopf verloren hatten, nachgeäfft, und sie fanden im Volk dafür sogar eine Mehrheit. Das Asylwesen hat man nach wie vor nicht im Griff. Vor allem aber ist unser Land nach dreissig Jahren Friedensillusionen nicht mehr in der Lage, sich zu verteidigen. Hat die Schweiz in den siebziger Jahren, als ich ein junger Soldat war, über zwei Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Verteidigung aufgewendet und 800'000 Männer in der Armee eingeteilt, haben wir heute noch Ausgaben von 0.7 %, einem Drittel, und eine nur noch schlecht ausgerüstete Armee von 100'000 Mann. Dabei sehen wir heute täglich, wie ein schwächeres Land mit einer grossen Armee und vor allem dem unbedingten Willen, sich zu verteidigen, einer Grossmacht die Stirne bietet. Wie gern hätten die Ukrainer in ihrem Land die milliardenteuren und topmodernen Festungsminenwerfer und Panzersperren, die man in den letzten Jahren in verantwortungsloser Weise hat verrostet und verrotten lassen, auch hier im Säuliamt, am Aegusterberg und in Kappel.

Was wurde denn mit all dem eingesparten Geld gemacht, das die Linken "Friedensdividende" nennen? Neue Sozialausgaben wurden mit der grossen Kelle angerichtet, Milliarden in das Asylunwesen geschüttet, auf der ganzen Welt Aktivismus betrieben und allerlei sonstiger Unsinn finanziert. Und trotzdem hat man in den neunziger Jahren eine Schuldenlast aufgehäuft, wie sie unser Land ausser im Zweiten Weltkrieg noch nie gekannt hat. Erst unser Ueli Maurer hat diese konsequent wieder abgebaut, bis ihm die Seuche einen Strich durch die Rechnung machte.

Aber es sind keineswegs nur die Linken, die gesündigt haben. Ich habe noch die Worte eines Verteidigungsministers aus unserer Partei in den Ohren, der daher plapperte, vor einem Krieg in Europa hätten wir eine Vorwarnzeit von zehn bis fünfzehn Jahren. Jetzt gilt es das Steuer herumzureissen und die Armee wieder aufzubauen. Wir stehen hinter der Forderung der bürgerlichen Parteien in Bern, die Verteidigungsausgaben rasch um zwei Milliarden und auch den Armeebestand zu erhöhen. Damit wären wir immer noch bei der Hälfte dessen, was die Nato von ihren Mitgliedern fordert. Das wird nicht genügen. Es bedarf einer gewaltigen Anstrengung, damit unser Staat seine mit Abstand wichtigste Aufgabe wieder erfüllen kann. Hoffen wir, dass uns der liebe Gott wie vor dem letzten Weltkrieg noch etwas Zeit gibt, um das entschlossen anzupacken.

Hierhin gehört aber auch noch eine Bemerkung zur Neutralität. Bereits mit der Übernahme der Sanktionen der EU gegen Russland hat der Bundesrat diese arg geritzt. Mit der Glaubwürdigkeit der Neutralität steht es wie mit der Jungfräulichkeit: man kann sie eigentlich nur einmal verlieren. Wenn der amerikanische Präsident vor dem Kongress und die Russen gleichzeitig sagen, die Schweiz sei nicht mehr neutral, ist das brandgefährlich. Erst recht schütteln wir den Kopf, wenn der Präsident der einen bürgerlichen Bundesratspartei dem Neutralen durch das Völkerrecht verbotene Waffenlieferungen an nur eine Kriegspartei durch Notrecht fordert, derjenige der anderen einer Annäherung an die Nato das Wort redet. Die dauernde bewaffnete Neutralität sichert unserem Land seit 1815 den Frieden. Sie zu gefährden, aus welchem Grund auch immer, ist grobfahrlässig.

Die Bezirkspartei demonstriert unser Bekenntnis zu den vorgeschlagenen Massnahmen zur Wiederherstellung unserer Verteidigungsfähigkeit Ende dieses Monats mit einer öffentlichen Veranstaltung in Mettmenstetten. Der Kommandant der Flugwaffe, Divisionär Merz, wird dort sprechen und Fragen



Bezirk Affoltern

beantworten. Die militärischen Verbände werden die Veranstaltung unterstützen. Gerne hätte ich auch die FDP als Mitorganisatorin an Bord gehabt, aber von dort kamen nur ausweichende Antworten.

Sowohl bei Corona wie jetzt beim Ukrainekrieg hat mich erschüttert, wie unvorbereitet unsere oberste Führung sich präsentierte. Wenn die Bundesrätin, die für unsere Verteidigung verantwortlich zeichnet, sich gemäss eigener Aussage vom Krieg überraschen liess, ist das noch viel unsäglich als das Versagen im Gesundheitsamt. Die gleiche Bundesrätin hat im letzten Sommer den fähigen Chef des Nachrichtendienstes, der ihr nicht passte, in die Wüste geschickt, der Posten blieb volle sieben Monate vakant und wurde gerade erst jetzt, fünf Wochen nach Kriegsausbruch, wieder besetzt.

Ganz offensichtlich gehen den Damen und Herren in Bern teilweise elementare Führungsfähigkeiten in der Krise ab. Früher hatten fast alle Bunderäte auch eine militärische Ausbildung hinter sich, oft auf hoher Stufe. Heute haben wir einen, der ein Bataillon einer Elitetruppe kommandiert hat, einen, der als Arzt Major wurde, einen soliden Korporal, einen Dienstuntauglichen und drei Frauen. Dass man in einer Krise von Anfang an in Varianten denken und planen und vor allem mit der "gefährlichsten gegnerischen Möglichkeit", um es einmal militärisch auszudrücken, rechnen muss, ist offensichtlich nicht mehr allen bekannt. Dazu kommt, dass der Bundesrat sich seit Jahren weigert, sich in Krisenübungen selber beüben zu lassen und so etwas zu lernen, wie das früher der Fall war.

Jetzt aber genug von der hohen Politik und zu unserem Bezirk. Wir haben in den Gemeindewahlen empfindliche Niederlagen erlitten, wie schon in der Bezirksratswahl vom letzten Jahr. Parteivorstand und Parteileitung haben diese Gemeinde für Gemeinde analysiert. Ich will das nicht beschönigen, möchte aber unseren Sektionen für ihr Engagement herzlich danken. Es hat sich einmal mehr gezeigt, dass die grösste Partei halt in Majorzwahlen auch automatisch viele Gegner hat. Andererseits haben sich fast überall mehrheitlich Parteilose durchgesetzt. Das ist in ganz kleinen Gemeinden, wo man die Leute kennt, kaum ein Problem, aber in grösseren schon, denn die Parteilosigkeit kann auch eine Mogelpackung sein. Besonders deutlich wird das, wenn etwa in Hausen oder in Bonstetten Kandidaten als parteilos auftreten und die SP für sie dann Inserate schaltet.

Wir stehen 2023 vor einem entscheidenden Wahljahr. Der Kantonsrat und der Nationalrat sind neu zu besetzen. Hier geht es aber um Proporzahlen, und da bin ich nicht pessimistisch. Seit den eidgenössischen Wahlen von 2019 haben sechzehn Kantone ihr Parlament neu gewählt. Die drei bürgerlichen Bundesratsparteien haben alle etwas über ein Prozent verloren, die SP, von der man das Gefühl hat, sie habe den Bezug zur Realität bisweilen verloren, zweieinhalb. Sie ist in den Kantonen jetzt nur noch die viertstärkste Partei. Das ist erfreulich, und noch erfreulicher ist, dass in den jüngsten Wahlen trotz massiver Gewinne von Grün und Grünliberal das linke Lager insgesamt nicht zugelegt hat. Auch die SVP hat verloren, aber ein Prozent weniger ist für eine 26%-Partei doch deutlich weniger dramatisch als für die FDP mit 15 % oder die CVP mit nur noch 11 %. Ob die "Mitte" dann nächstes Jahr besser abschneidet, werden wir sehen.

Schliesslich möchte ich im Namen von Vorstand und Parteileitung auch noch meiner Freude über die Neuaktivierung der Sektion Knonau Ausdruck geben. Eine gute Zusammenarbeit von dynamischen Jungen und erfahrenen weniger Jungen hat das erlaubt. Wir sind ja heute zu Gast beim neuen Sektionspräsidenten von Knonau, Clemens Weingartner, und seiner Unternehmung. Jetzt haben wir wieder eine Sektion in allen Gemeinden des Bezirks mit Ausnahme von Kappel und Maschwanden, wo wir dafür den besten Wähleranteil haben, und von Aeugst, wo noch keine Lösung in Aussicht steht.

Knonau, 3. Mai 2022

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI DES BEZIRKS AFFOLTERN

David Vogelsanger, Präsident